



A Die Bundesregierung sollte von sich aus auf Donald Trump zugehen und ihm Angebote für eine Einigung in strittigen Fragen wie der Sicherheits- oder der Handelspolitik unterbreiten.

B Die Bundesregierung sollte zunächst abwarten, welche Forderungen Trump an Deutschland und die Europäer formuliert, wenn er im Amt ist.

Sollte die Bundesregierung aktiv auf Trump zugehen oder eher abwarten?

Am 20. Januar 2025 wird Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Für die transatlantischen Beziehungen dürften damit unruhige Zeiten anbrechen. Vor diesem Hintergrund wollten wir von den Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern wissen, welchen grundsätzlichen Politikansatz sie gegenüber Trump favorisieren: ein Zugehen auf den neuen Präsidenten samt Angeboten für eine Einigung in Streitfragen wie bei der Sicherheits- und Handelspolitik, oder ein Abwarten, welche Forderungen Trump an Deutschland und Europa denn tatsächlich stellen wird.

Zwei Drittel – 66 Prozent – sind dafür, erst einmal abzuwarten. Ein knappes Drittel – 31 Prozent – meint dagegen, auf Trump zuzugehen, sei der bessere Ansatz. Männer tendieren mit 35 Prozent etwas stärker als Frauen (27 Prozent) zu letzterer Haltung. Bei den Alterskohorten fällt auf, dass die jüngste befragte Bevölkerungsgruppe der 18- bis 29-Jährigen mit 44 Prozent sich besonders stark dafür ausspricht, auf Trump zuzugehen (54 Prozent sind für Abwarten). Unter den 30- bis 44-Jährigen sind es dagegen nur 25 Prozent (73 Prozent für Abwarten).

Mit Blick auf die Parteienpräferenz sind Wählerinnen und Wähler der Grünen (75 Prozent) und der SPD (73 Prozent) besonders stark der Meinung, die Bundesregierung sollte erst einmal abwarten. Der gegenteiligen Auffassung sind mehrheitlich nur die AfD-Anhänger: 54 Prozent sind für Angebote an Trump, 43 Prozent für Abwarten. (Die Meinungen von Wählern der Linken und des BSW wurden nicht ausgewiesen; die Unterstützung dieser Parteien lag bei Forsa zum Zeitpunkt der Umfrage im Bereich der Fehlertoleranz.)

Datenbasis: 1007 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz +/- 3 Prozentpunkte. Erhebungszeitraum 3. bis 5. Dezember 2024. Quelle: Forsa

	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU	AfD
A	24%	23%	37%	34%	54%
B	73%	75%	60%	65%	43%
Weiße nicht	3%	2%	3%	1%	3%